Pressespiegel

Ausgabe: 18.09.2021

Letzte Chance –
Schlichtung und Streik am Bau drohen

(Foto: Matthew Hamilton / Unsplash)

Am 22. September ist die vorerst letzte Verhandlungsrunde für einen neuen Tarifvertrag.

"Nach insgesamt vier Verhandlungsrunden haben die Arbeitgeber am 22. September die letzte Chance, sich mit uns auf einen neuen Tarifvertrag am Verhandlungstisch zu einigen, sonst wird es mehr als ungemütlich. Denn wenn auch die sich anschließende Schlichtung scheitert, kommt der Arbeitskampf", sagt unmissverständlich der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), Robert Feiger. Die IG BAU fordert 5,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt, den Angleich der Ostlöhne an das Westniveau sowie eine Weiterentwicklung der in der letztjährigen Schlichtung vereinbarten Wegezeitentschädigung hin zu einer endlich angemessenen Bezahlung der Baubeschäftigten für die vielen Fahrten zu ihren Einsatzorten. "Das Baugewerbe war die Konjunkturlokomotive auch in den schlimmsten Tagen der Pandemie und die Beschäftigten leisten nach wie vor hervorragenden Einsatz, Wirtschaftskurven und Auftragslage zeigen nach oben, Fachkräfte werden dringend benötigt. Wie man sich da weigern kann, ein ordentliches Angebot für die Beschäftigten zu machen, ist uns ein Rätsel", so Feiger.

Carsten Burckhardt, zuständiges Vorstandsmitglied für das Bauhauptgewerbe, nimmt noch einmal die Wegezeit in den Fokus. "Die Bauarbeiter*innen haben oft sehr lange Anfahrtswege, diese variieren sehr stark, heute hier, morgen dort. Sie haben keinen Einfluss auf ihre Einsatzorte und bekommen dafür nichts entschädigt. Das ist und bleibt unfair. Entsprechend ist die Stimmung unter den Beschäftigten. Hier nur von Unmut bei den Beschäftigten zu reden, wäre schon ziemlich untertrieben."

Pressespiegel

Ausgabe: 18.09.2021

Niederrhein DGB

Am Verhandlungstag selbst wird es – Stand heute – an insgesamt 15 Standorten in ganz Deutschland zu Protestaktionen kommen: vom Bauarbeiterfrühstück über Demos und Kundgebungen bis hin zu verlängerten Mittagspausen. "Die Beschäftigten werden zeigen, dass sie hinter ihren Forderungen stehen. Und das ist dann nur ein weiterer Schritt Richtung Arbeitskampf", so Burckhardt. Was die Bau-Arbeiternehmer*innen nämlich auch umtreibt ist die Tatsache, dass der "alte" Tarifvertrag schon am 31. Juni ausgelaufen ist. "Das ist eine unzumutbare Hängepartie."
In der Baubranche sind rund 890 000 Männer und Frauen beschäftigt.

Lokalkompass.de

Hambacher Forst: Opposition wirft Bauministerin Amtsmissbrauch vor

Drei Jahre nach dem Polizei-Großeinsatz gegen Waldbesetzer heizt ein Gerichtsurteil den Streit neu an

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. Drei Jahre nach der Räumung im Hambacher Forst ist die Landesregierung erneut unter Rechtfertigungsdruck geraten. Grund ist ein Urteil des Verwaltungsgerichts Köln von Anfang September, das Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) bescheinigte, damals Brandschutzmängel an den Baumhäusern der Klimaaktivisten bloß „vorgeschoben" zu haben.

„Dieses Urteil ist nicht rechtskräftig", sagte Scharrenbach am Freitag im Bauausschuss des Landtags. Man prüfe den Gang in die nächste Instanz. Erfolgreich geklagt hatte ein Baumhaus-Bewohner, der die Brandschutz-Begründung bezweifelte. Allerdings ist die Landesregierung gar nicht Verfahrensbeteiligte. Das Urteil richtete sich formal gegen die Stadt Kerpen, die vom Land zum Einschreiten gedrängt worden war. In der Sache zeigte sich Scharrenbach von dem Urteil unbeeindruckt. Baumhäuser seien nun mal „bauliche Anlagen", für die man eine Baugenehmigung benötige. „Und die lag nicht vor." Der „Sofortvollzug" der Räumung sei bei Brandgefahren zwingend.

Ina Scharrenbach DPA

Seit 2012 hatten Waldbesetzer Dutzende von Baumhäusern in dem 200 Hektar großen Restwald an der Abbruchkante des Tagebaus bewohnt. Sie wollten den Energiekonzern RWE daran hindern, seine Rodungsgenehmigung zu nutzen. Während die rot-grüne Regierung lange keine rechtliche Handhabe sah, griff die schwarz-gelbe Landesregierung im Herbst 2018 zu einem juristischen Kniff. Ähnlich wie bei der Räumung von Schrottimmobilien im Ruhrgebiet sollten die Behörden mit Hinweis auf Brandschutzmängel „Gefahr in Verzug" attestieren und einschreiten. Mit Polizei-Hundertschaften gelang dies binnen fünf Tagen, wobei laut Gewerkschaft der Polizei eine Millionen Arbeitsstunden anfielen.

Inzwischen gilt der Einsatz als der teuerste und zugleich sinnloseste der Landesgeschichte. Eine parteiübergreifende Kommission für den Kohleausstieg in Deutschland verständigte sich nämlich kurz darauf, dass der Forst doch nicht mehr weichen muss. Außerdem leben dort heute wieder zahlreiche Aktivisten in neuen Baumhäusern.

Die Opposition erhob schwere Vorwürfe gegen Scharrenbach. „Es steht im Raum, ob die Ministerin Amts- und Machtmissbrauch und Rechtsbeugung begangen hat", so Ex-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne). „Das Gericht hat Ihnen bescheinigt, dass der Vorwand, den Sie gesucht haben, um den Wald zu räumen, der falsche war", kritisierte SPD-Fraktionsvize Jochen Ott. CDU-Bauexperte Fabian

Eines der Baumhäuser, die 2018 geräumt wurden. FOTO: ALAMY

Schrumpf verwies auf anderslautende Eilbeschlüsse von Gerichten seit 2018. Zudem hätten sich unter den Besetzern bewaffnete Aktivisten befunden. Polizisten seien mit Fäkalien beworfen worden. Das Oberverwaltungsgericht hatte bereits 2018 geurteilt, dass die Aktivisten keine friedliche Versammlung gebildet hätten und eine Räumung daher rechtens sei. Sprich: Den kreativen Hebel des Baurechts hätte die Regierung gar nicht benötigt.

Es sei nicht zu erklären, warum heute Dutzende Baumhäuser unbehelligt blieben, obwohl die Brandschutzmängel kaum geringer sein dürften als 2018, kritisierte SPD-Abgeordnete Stefan Kämmerling.

Nach Logik der Landesregierung gibt es inzwischen jedoch eine Allgemeinverfügung, die quasi amtlich auf das Risiko hinweist: „Die Leute, die sich da aufhalten", so Scharrenbach, „müssen wissen: Das ist nicht sicher. Ihr seid da nicht geschützt."

WAZ Mantel

Der Streik ist gerechtfertigt

DGB-Chef

Zu „Keine Angst vor Rot-Grün-Rot" (RP vom 4. September): Herr Hoffmann irrt in seiner Analyse, dass es GDL-Chef Weselsky nur darum geht, seine Gewerkschaft zu erhalten und ihren Einflussbereich zu vergrößern, um auf diese Weise mehr Mitglieder zu gewinnen. Herr Weselsky ist für mich ein Gewerkschaftsführer, der sich für seine Mitglieder einsetzt und nicht vor der Macht des Bahnvorstandes einknickt beziehungsweise sich von den Managern vereinnahmen lässt. Ist es nicht eine Frechheit, der GDL ein Lohnangebot von 3,2 Prozent bei einer Laufzeit von 40 Monaten anzubieten? Aber es geht ja nicht nur um die Löhne! Der Bahnvorstand hat vor, die Zusatzversorgung der Bediensteten zu senken, obwohl er sich selber Renten in fünfstelliger Höhe bewilligt. Hätten wir nur mehr Gewerkschaftsführer vom Schlage eines Weselsky, wäre in Deutschland schon längst die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gegeben. Dass der Streik gerechtfertigt ist, haben die Gerichte bestätigt.

RP Mantel